



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/99

22. August 1949

Zwischen Röhnendorf und Dürkheim
=====

(sp) Die Sonntagsbesprechungen Dr. Adenauers mit den Landesvorsitzenden der CDU/CSU haben nach sozialdemokratischer Auffassung keine neuen politischen Momente erbracht. Trotz vorangegangener Bemühungen gewisser Kreise in der CDU, noch weiter die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ins Auge zu fassen, hat man sich in Röhnendorf doch darauf geeinigt, eine Regierung ohne die SPD zustandezubringen. Wie nicht anders zu erwarten war, hat sich das politische Schwergewicht in der CDU seit dem 14. August noch weiter zu Gunsten der Gruppe Adenauer - Erhard ausgewirkt. Die Beschlüsse in Röhnendorf wurden, wie wir zuverlässig erfahren, gegen nur drei Stimmen gefasst.

Die bevorstehenden Verhandlungen der CDU mit der FDP werden diese Politik aller Voraussicht nach bestätigen. Die Übereinstimmung beider Parteien in Fragen der Wirtschaftspolitik dürfte einstweilen Meinungsverschiedenheiten auf anderem Gebiet zurückdrängen, die, wie die Kulturpolitik und der Ausbau des Bundes, in den Differenzen zwischen CDU und FDP ohnehin nie die Rolle gespielt haben, die man ihnen auf beiden Seiten nach aussen hin beimass. Ausserdem wird man sich bei der CDU sicher zusätzliche Unterstützungstimmen bei der DP und der BP zu sichern bemühen, was freilich noch manche Schwierigkeit bereiten dürfte. Aber stimmen aus diesen Parteien sind für die Mehrheitsbildung unerlässlich, wenn auch weniger für den weiteren Bestand einer kommenden Regierung, die ja nur durch ein sog. konstruktives Misstrauensvotum, das heisst eine homogene und nicht eine heterogene Opposition, gestürzt werden könnte.

Wenn gelegentlich noch Stimmen aus dem kommenden Bürgerblock laut werden, die für den Versuch einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie eintreten, dann mögen einige davon aufrichtig gemeint sein, andere sind wohl mehr taktisch bedingt und entspringen dem Bestreben, loyal und verhandlungs-

22. August 1949

bereit zu erscheinen. Diese Methode scheint solchen Politikern umso eher anwendbar, als sie wohl wissen, daß die Gefahr gering ist, beim Wort genommen zu werden. Denn die SPD ist unverändert der Auffassung, dass die Zustimmung für einen Bundeskanzler Adenauer und einen Wirtschaftsminister Erhard eine allzu starke Zuzunahme für die sozialdemokratische Wählerschaft für die sozialdemokratischen Politiker wäre, die in einer solchen Regierung arbeiten müssten.

Für die Sozialdemokratie besteht jedenfalls kein Grund, Erklärungen vor den Sitzungen der verantwortlichen Körperschaften abzugeben. Am kommenden Montag und Dienstag tagt, wie berichtet, in Bad Dürkheim der Parteivorstand, am 31. nachmittags um 14 Uhr beginnt im "Hotel zum Stern" in Bonn die konstituierende Sitzung der Fraktion des Bundestages, deren zweite Zusammenkunft am 6. September stattfinden dürfte. Zu ihr werden u.U. auch der Parteivorstand und der Parteiausschuss hinzugezogen werden. Selbstverständlich wird in der zu erwartenden lebhaften Diskussion über die Lage nach den Wahlen auch die Frage der Regierungsbildung eine hervorragende Rolle spielen, es ist aber heute schon kaum fraglich, in welchem Sinne sie entschieden werden wird. (m/1/228/1/he)

Demontage-Denkschrift abgesandt

(sp) Am Sonnabend, den 20. August, ist die sozialdemokratische Denkschrift zur Demontagefrage an die Labour Party abgesandt worden. Sie enthält nicht nur eine Zusammenfassung der aktuellen Situation, sondern auch eine grundsätzliche Darstellung der volkswirtschaftlichen Bedeutung und einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung des Demontageproblems, sowie eine substanziierte Schilderung der Verhältnisse bei einigen der grössten in Frage stehenden Werke. Man hat sich in der Zusammenstellung und Absendung des umfangreichen Materials besonders beeilt, um zu erreichen, dass diese Denkschrift dem britischen Aussenminister noch vor seiner Abreise nach Washington zur Kenntnis gelangt.

In diesem Zusammenhang ist ein Beschluss der TUC interessant, dem bevorstehenden internationalen Gewerkschaftskongress vorzuschlagen, die Regierungen aufzufordern, sie mögen sich noch einmal mit der Demontage befassen und sie überprüfen. Das ist bemerkenswert, denn bisher waren gerade auch die englischen Gewerkschaften in dieser ganzen Frage fast noch weniger entgegenkommend als die britische Regierung selbst. (m/1/228/1/he)

Italiens Botschafter für Bonn

E.-A.M., Rom, im August

Als erstes Land hat Italien noch vor den Wahlen seinen Botschafter bei der zukünftigen westdeutschen Regierung ernannt, wiewohl heute noch nicht geklärt ist, in welcher Form die Beziehungen des Bundes zum Ausland sich abspielen werden. Francesco Babuscio Rizzo, bisher italienischer Vertreter in Irland, soll sein Land nun in Westdeutschland vertreten. Mit der Ernennung einer Persönlichkeit, welcher der Ruf hervorragender diplomatischer Tüchtigkeit vorausgeht, hat Italien nun auch auf politischem Gebiet eine Initiative zum Neubau der deutsch-italienischen Beziehungen ergriffen, der mehr Bedeutung zukommt als einer freundlichen Geste. Grundlagen und Voraussetzungen eines guten Verhältnisses zwischen beiden Ländern haben sich gegenüber früher in entscheidenden Punkten geändert. Angesichts der kaumüberstandenen Katastrophe einer egoistischen Achsenpolitik, für die Italien (ungleich zum Beispiel österreichische Auffassungen) nicht nur den ehemaligen Partner verantwortlich macht, rechnen politische Kreise Roms auf die wachsende Übernahme europäischer Verantwortlichkeiten auf der Basis einer Gleichheit gerade auch durch Deutschland. Unter Ressentiments, die in Nord und Süd mit mehr oder weniger gleicher Berechtigung auf den verschiedenen Gebieten noch ans Tageslicht gezogen werden, sollte nach römischer Auffassung ein endgültiger Strich gezogen werden. Der hiesige Beobachter hat immer wieder Gelegenheit, Grosszügigkeit und weitgehendes Verständnis offizieller Stellen Italiens gegenüber Deutschland festzustellen. Wenn Schwierigkeiten und Gegensätze auftauchen, darf nicht vergessen werden, dass Italien an einen zum Teil harten Friedensvertrag gebunden ist, den ausser Russland auch England, Frankreich und die USA unterzeichnet haben. Die Liquidierung deutschen Eigentums, die bei Möbel- und Bücherverlusten für im Lande ansässige Deutsche manchmal üble Formen annahm, kann nicht als Willensausdruck der römischen Regierung gelten. Es unterliegt keinem Zweifel, dass Italien alles in seiner Macht Stehende tut, um Deutschland den Verlust seiner Kulturinstitute zu ersparen. Italien ist niemals Ursprungsort morgenthauähnlicher Gedanken gewesen, sondern einer der stärksten Motoren für eine endlich europäische Politik europäischer Staaten. Aber auch Italien hat einmal bedingungslos kapituliert.

Eine ganze Reihe ausserpolitischer Fragen, die für ein neues Deutschland von Wichtigkeit sind, haben dieselbe Bedeutung in Italien. Trotz aller Freundschaftsbekundungen und Bemühungen der römischen Regierung um ein ungetrübtes Verhältnis zu England lassen sich die Gegensätze nicht völlig überbrücken; die Frage der nordafrikanischen Kolonien und britische Versuche, den Lussenhandel Italiens zu seinen Gunsten einzudämmen, stehen hier an erster Stelle. Die Kritik an Engländern und ihrer Politik schlägt immer wieder hohe Wellen, und zwar ohne Unterschied der Parteien. Das Verhältnis zur

Sowjetunion ist aus europäischer Verantwortlichkeit heraus kühler als kühl. Die Frage nach dem Verbleib italienischer Kriegsgefangener in Russland füllt immer wieder die Spalten der Tagespresse. Und wenn irgendwo in Europa die Erkenntnis bestimmend ist, dass nationalistische Tendenzen im Abendland Anachronismen sind, dann in Italien; es sei nur daran erinnert, dass die Verfassung der italienischen Republik bereits Bestimmungen zum Verzicht auf Souveränitätsrechte zugunsten einer grösseren europäischen Gemeinschaft enthält. Es ist denn auch charakteristisch, dass allein die italienischen Kommunisten und eine Clique von Halbintellektuellen den Neubau deutsch-italienischer Beziehungen im europäischen Rahmen ablehnen.

Was auf wirtschaftlichem Gebiet von Italien aus mit Vertretungen in Frankfurt, Hamburg, München, Stuttgart, mit deutsch-italienischen Handelskammern in Mailand und nun auch Florenz und deutscher wie italienischer Teilnahme an Messen im anderen Land begann, findet seinen ergänzenden Ausbau auf politischem Gebiet. Es ist der Wunsch der italienischen Regierung, in der westdeutschen Bundesregierung so bald wie möglich einen gleichberechtigten Partner zu finden. (b/A/208/2/he)

Die Situation in Bayern

R.H., München, im August

Innerhalb von drei Jahren hat die CSU, wie die Bundeswahlen gezeigt haben, ihren Wählerbestand von 52 Prozent im Dezember 1946 auf 29,2 Prozent vermindert. Trotzdem wird die gegenwärtige Regierung Ehard immer noch allein von der CSU getragen.

Zum Teil hat die Bayernpartei die Stimmen der CSU auffangen können. Sie hat rund 20 Prozent der bayerischen Wähler aus den Wahlurnen geholt. Das dritte beachtenswerte Moment der Wahl in Bayern ist das Anwachsen der Loritz-WAV auf rund 14 Prozent, während die SPD mitknapp 23 Prozent ihren Bestand halten konnte und damit sich als stabilster Faktor in der innerbayerischen Politik erwiesen hat.

Der bayerische Landtag wurde auf vier Jahre gewählt, seine Amtsperiode wäre erst im Dezember 1950 abgelaufen. Die Frage ist, ob heute eine Landtagsauflösung noch verhindert werden kann. Schon 1947, bei ihrem Ausscheiden aus der Koalition, hat die SPD die Landtagsauflösung gefordert; bei den Gemeindevahlen im Mai 1948 hat sich die Berechtigung dieser Forderung erwiesen, als die CSU auf 38 Prozent zurückfiel. Heute wird diese Forderung ebenso von der Bayernpartei wie von der WAV erhoben, die sich beide bei dem neuen Wahlgang eine weitere Steigerung ihrer Stimmen erhoffen.

Das Zögern der CSU in dieser Frage ist erklärlich, da für sie viel auf dem Spiele steht und sie im Hinblick auf die wichtigen Entscheidungen in Bonn die Dinge in Bayern möglichst noch eine gewisse Zeit in der Schwebe halten möchte. Nicht der gleichen Meinung sind ihre "beiden Flügelmänner". Dr. Hundhammer strebt eine Koalition mit der Bayernpartei an, offenbar sogar auf dem Umweg über eine Landtagsauflösung. Er hofft, dabei Regierungschef zu werden. Dieser Plan ist anscheinend schon seit längerer Zeit zwischen ihm, Staatsrat Dr. Schäffer, der jetzt in den Bundestag gewählt wurde und wahrscheinlich dort Fraktionsführer der CSU werden wird, und dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der Bayernpartei, Anton Donhauer, besprochen worden. Dass er jetzt in die Öffentlichkeit getragen wurde, kann nur dahingehend gedeutet werden, dass Dr. Hundhammer die Realisierung dieses Planes jetzt als möglich erachtet.

Eine andere Lösung sucht Dr. Josef Müller. Wenn er bisher auch noch sehr schweigsam gewesen ist, so kann man doch aus den Äußerungen seiner nächsten politischen Freunde entnehmen, dass er eine Koalition mit der SPD anstrebt. Dr. Müller möchte die Koalition herstellen, ohne den Landtag aufzulösen. Die Folgen einer solchen Politik wären zweifellos, dass Dr. Hundhammer, der sich eindeutig gegen eine Koalition mit der SPD ausgesprochen hat, aus der CSU ausscheiden und der Bayernpartei beitreten würde. Da ein Teil der CSU-Abgeordneten Dr. Hundhammer die Gefolgschaft halten würde, wäre ungefähr das Verhältnis CSU, SPD und Bayernpartei, wie es sich in den Wahlergebnissen ergibt, hergestellt. Der Gewinn wäre dabei, dass Alfred Loritz sich nur auf seine drei Abgeordneten im Bayerischen Landtag stützen könnte. Vielleicht denken die Kreise um Dr. Müller auch daran, die FDP in eine solche Koalition mit einzubeziehen.

Die SPD hat bisher durch ihre Sprecher erklärt, dass sie auf einer Landtagsauflösung bestehen müsse. Ob mehr oder weniger offizielle Besprechungen zwischen der Bayernpartei und Dr. Hundhammer bereits stattgefunden haben, ist noch nicht bekannt geworden. Keine Gespräche wurden aber bis jetzt über die angeschnittenen Probleme mit der SPD geführt.

Die CSU wird natürlich versuchen, den für sie schmerzlosesten Weg zu wählen. Wie sie es aber auch drohen mag, sie wird die Leidtragende sein, denn ein CSU-Bayernpartei-Kabinett unter Führung Dr. Hundhammers würde ein Ausscheiden des Müller-Flügels aus der CSU zur Folge haben und ein Kabinett, gebildet von CSU und SPD das Ausscheiden Dr. Hundhammers nach sich ziehen. (b/B49/198/2/he)

Querverbindungen
 =====

Strasser und die "Sammlung zur Tat"

Man schreibt uns:

Am 27. August soll in Frankfurt a.M. ein Treffen aller gewählten und nicht gewählten unabhängigen Kandidaten zum Bundestag stattfinden. Die Einladung dazu geht von Heinz Kampf, dem hessischen Strasser-Gauleiter, aus. Eine Konferenz auf breiter Basis, die für den 28. August vorgesehen war, soll auf Betreiben August Hausleiters bis in den September verschoben werden, da dieser zunächst an den Nadolny-Besprechungen in Godesberg teilnehmen will. Die Gruppen der äussersten Rechten, soweit sie zunächst noch ausserhalb der DRP bestehen, sind jedenfalls eifrig um ihren Zusammenschluss bemüht. Noch ist ihr Bild von einer verwirrenden Vielfalt. Zu seiner genaueren Bestimmung sei folgendes festgestellt:

Auf der Pfingsttagung in Worms und der Zusammenkunft in Stuttgart am 15. Juli haben Vertreter der in Anwesenheit des französischen Kreisgouverneurs in Villingen gebildeten "Sammlung zur Tat", der "Religiösen Sozialisten", des "Hilfsverbands der Neubürger", der "Offenbacher Brandlerianischen Arbeiterpartei" und Flüchtlingsvertreter beschlossen, ihre Organisationen in der "Sammlung zur Tat" zusammenzuschliessen und einen Aktionsausschuss zu bilden. Daraus soll nach Strassers Rückkehr die grosse "Nationale Sammlungsbewegung" entstehen.

Dem Aktionsausschuss gehören u.a. Kaplan Kossaint, Leiter der religiösen Sozialisten, der frühere SPD-Abgeordnete Steinfeld, ein Rechtsanwalt Draeger als Leiter der jetzt vergrösserten "Sammlung zur Tat", der schon erwähnte Heinz Kampf und Heinz Kögler aus Hamburg als Leiter der sogenannten "Freien Sozialisten" an. An den Zusammenkünften nahmen ferner Finanzminister a.D. Mattes, der Flüchtlingsvertreter Kopatscheck aus Hagen, Dr. Daneel von der Planck-Gesellschaft, der voreiniger Zeit von einem britischen Militärgericht verurteilte Pfarrer Knees und der dem Kleinhofsiedlungsmann Jebens nahestehende Kolmer teil.

Organisation und Terminologie entsprechen denen der ehemaligen "Schwarzen Front". In unmittelbarer Nähe dieser mit ihren Zielen, Hintergründen und Geldern nicht sehr eindeutigen Bewegung steht auch der Geistliche Rat Goebel, dessen nicht lizenzierte "Tat-Gemeinschaft" jetzt einen Teil ihrer Post an die "Stimme der Vertriebenen" (Düsseldorf) schicken lässt. Die Lizenzträger dieses Blattes, das nur als "Europa-Kurier" lizenziert wurde, sind der aus der SPD ausgeschlossene Oberregierungsrat Fackelmann, der aus der Europa-Union geschasste Hermes und der stellvertretende Pressechef von Nordrhein-Westfalen, Oberregierungsrat Hein. Hein ist alter Strassermann und unterhält Beziehungen zu den beiden sich heftig befehdenden Unterführern Sprengel und Bauer.

22. August 1949

Ein weiteres Presseorgan hat sich die "Sammlung zur Tat" in Gestalt der "Freien Meinung" in Villingen geschaffen, wo sich auch die Geschäftsstelle der Organisation befindet. Die Zeitschrift wird in Streifbändern der ehemaligen "Nouvelles de France", dem Organ der französischen Militärregierung, versandt. Man erinnert sich, dass die Nachfolger der "Nouvelles de France", die Zeitschrift "7 Tage", Strassers Antiweimarbuch "Hitler und Ich" als Fortsetzungsroman veröffentlichte. Sehr innig beschäftigt sich mit Strasser auch die in Reutlingen erscheinende Zeitschrift "Orbis". Neben den genannten Organen verfügt Strasser über die in deutscher Sprache erscheinenden kanadischen Zeitungen "Nordwest" und "Kurier", der in Hamburg von einem Kurt Wähler-Kill offiziell als Strasserorgan vertrieben wird.

Im Übrigen gibt es in der Strasserbewegung bereits ernsthafte interne Auseinandersetzungen. Der Kölner Hans Bauer, den der eigentliche Beauftragte Strassers, Kurt Sprengel, als kommunistischen Agenten bezeichnet, wies vor einiger Zeit in einem Brief an seine Freunde auf die ernstesten Folgen der durch Sprengels Ungeschicklichkeit hervorgerufenen Pressekampagne hin. Diese Angriffe und die Verweigerung der Lizenz an den "Bund für Deutschlands Erneuerung" (BDE) - jetzt "Sammlung zur Tat" - hätten viele Anhänger enttäuscht und zur Planung ihrer Emigration nach Spanien (!) veranlasst.
(c/31/228/1/ae)

Tschechische Filme für die Lausitzer Sorben

(sp) Im Rahmen der sowjetischen Deutschland-Politik ist den Lausitzer Sorben (Wenden) eine wichtige Rolle zugefallen. Vom ersten Tag der Besetzung an erfreute sich dieser slawische Rest im "germanischen Meer" der besonderen Protektion der Besatzungsmacht. Die polnische und die tschechoslowakische Regierung als benachbarte slawische Staaten erhielten den Auftrag, die Sorgen in jeder Beziehung zu unterstützen. In Prag sind nun zwei tschechische Filme sorbischen Milieus aufgeführt worden, die, den Besprechungen zufolge, "einen bedeutenden Beitrag zur Stärkung der Aufbaubestrebungen bei der Lausitz-sorbischen Jugend" darstellen. Die gleichen tschechischen Blätter berichten auch von einer grossen Tagung der sorbischen Frauen, bei der auch die Frage der Lausitzer Volkstrachten erörtert wurde, die durch den in der Ostzone herrschenden Stoffmangel stark gefährdet seien. Der Lausitzer Verein "Domovina" hat bereits mit den sächsischen Behörden wegen Zuteilung von Textilien zur Erzeugung von sorbischen Volkstrachten Verhandlungen geführt. Auf einer Tagung der sorbischen Künstler in Bautzen wurde die Durchführung einer Ausstellung im Herbst beschlossen. (b/381/228/2/ae)